

Die Automobilabgabe, die gegenwärtig angesichts der hohen Anschaffungs- und Betriebskosten eines Kraftwagens eine bescheidene Rolle spielt, wird verzehnfacht werden. Jedoch sollen die Lastkraftwagen und die Autotaxis von dieser Erhöhung frei bleiben.

Die Hauspersonalabgabe wird ebenfalls verzehnfacht, bekanntlich lässt das gegenwärtige Gesetz das Halten einer Hausgehilfin abgabefrei. Daran wird sich nichts ändern. Es gibt in Wien insgesamt nur 6698 Haushalte, die die Hauspersonalabgabe entrichten. Es ist also angesichts der 520.000 Haushalte eine verschwindend kleine Anzahl, die sich diesen großen Luxus zu gönnen vermag. Die Abgabe wird also 500.000 K für die zweite Hausgehilfin betragen und sind es 4915 Haushalte, die hierfür in Betracht kommen.

Die Inseratenabgabe, die bisher mit zehn Prozent bemessen war, soll gestaffelt werden. Es sollen für die ersten 200 Millionen Inserateinnahmen monatlich so wie bisher zehn Prozent und für alle folgenden je 200 Millionen Einnahmen weitere fünf Prozent entrichtet werden, so daß der Höchstbetrag bei einer Einnahme von mehr als einer Milliarde monatlich 35 Prozent erreicht.

Die Hundesteuer wird vom 20- auf 50.000 Kronen jährlich erhöht. Es ist dies gegenüber den Erhaltungskosten eines Hundes ein bescheidener Betrag. Die Zahl der Hunde ist in Wien von 40.000 vor dem Kriege auf gegenwärtig 91.000 gestiegen. Einer oft angeregten fiskalischen Ausbeutung dieses Steuerobjektes je nach den Einkommensverhältnissen der Eigentümer stellen sich unüberwindbare Schwierigkeiten entgegen.

Die Zuschläge zum staatlichen Gebührenäquivalent und zu den fallweise zu bemessenden Imobiliargebühren sollen von 10 auf 50 Prozent erhöht werden.

Die Zuschläge zu den staatlichen Totalisateur- und Buchmacherwetten werden um 50 Prozent hinaufgesetzt.

Der veranschlagte Ertrag der Gemeindeabgaben.

Die Fürsorgeabgabe soll nach dem Voranschlage im Jahre 1924 einen Ertrag von 350 gegenüber 177 Milliarden nach dem Voranschlage für das Jahr 1923 bringen. Die Lustbarkeitsabgabe ist mit 70 (40), die Nahrungs- und Genußmittelabgabe mit 60 (30), die Fremdenzimmerabgabe mit 28 (28), die Wertzuwachsabgabe mit 20 (8), die Plakatabgabe mit 2.5 (0.6), die Inseratensteuer mit 8 (2), die Hauspersonalabgabe mit 3 (1), die Automobilabgabe mit 7 (5.5.), die Feuerversicherungsabgabe mit 10.5 (5.3), die Feilbietungsabgabe mit unverändert mit 1.5, die Konzessionsabgabe mit 1 (0.2), die Wasserkraftabgabe mit 26 (21), die Wohnbausteuer mit 40 (0) und die Grundsteuer mit 4 (1.7) Milliarden Kronen veranschlagt.

Die geplanten Erhöhungen sind aber in diesen Sätzen noch nicht enthalten.

Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben wurden entsprechend den Mitteilungen des Bundesministeriums für Finanzen mit ~~222~~ 769 Milliarden eingesetzt, dabei ist vom Ministerium selbst die Aufrechterhaltung der Teilung der Einkommensteuer noch vorgesehen. Hingegen wurde der Ertrag der Bänkenumsatzsteuer nicht mehr aufgeteilt, wiewohl im Gesetze noch diese Abgabe nach wie vor als gemeinsam bezeichnet ist. Der Zuschuß des Bundes zum Personalaufwand hat entsprechend dem Gesetze eine starke Verringerung erfahren und ist auf 133 Milliarden gegenüber 229 Milliarden im Jahre 1923 gesunken. Es erscheint im nächsten Jahre zum letztenmal ein solcher Zuschuß überhaupt im Voranschlag, da Ende 1924 die Länder und Gemeinden für ihren Personalaufwand allein aufzukommen haben. Umsoweniger möglich ist es allerdings den Gemeinden jetzt noch Einnahmen entziehen zu wollen.

Die Gesamtausgaben der Gemeinde für die aktiven und pensionierten Angestellten ohne die städtischen Unternehmungen betragen für das Jahr 1924 nach dem Voranschlag 736 Milliarden Kronen, wozu noch die in Verhandlung stehende Regulierung hinzukommen wird.

Dies ist in großen Zügen das Bild des Voranschlages für das Jahr 1924, das fortlaufend durch einzelne Darstellungen aus den verschiedenen Verwaltungszweigen der Gemeinde ergänzt werden soll.

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1924.

Am Donnerstag abends hat der Klub der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat den Voranschlag für das Jahr 1924 genehmigt, so daß nunmehr die Drucklegung erfolgen kann. Am Montag, den 10. Dezember sollen die Beratungen im Finanzausschuß beginnen.

Das künftige Budget zeigt gegen das Jahr 1923 eine außerordentlich starke Steigerung der Einnahmen und der Ausgaben, wobei allerdings die Entwicklung der Einnahmen hinter dem vermehrten Aufwand zurückbleibt.

Für das Jahr 1923 wurde bekanntlich ein Gesamterfordernis von 1288 Milliarden Kronen veranschlagt, das allerdings durch eine Fülle von Zuschußkrediten überholt worden ist. Für das Jahr 1924 beträgt nach dem Voranschlage das Gesamterfordernis 2872 Milliarden Kronen. Die Einnahmen waren im Voranschlag für das Jahr 1923 mit 1164 Milliarden berechnet, doch hat die günstige Entwicklung der Steuern die Formung von drei Notstandsprogrammen ermöglicht. Für das Jahr 1924 sind schon von vorne herein die Einnahmen mit 2179 Milliarden Kronen, also nahezu doppelt so hoch, als im Jahre 1923 in den Voranschlag eingesetzt worden.

Ein Gebarungsabgang von 693 Milliarden.

Nach dem Voranschlage für das Jahr 1923 betrug der Gebarungsabgang für dieses Jahr 124 Milliarden Kronen, er erfährt nun für das Jahr 1924 eine Steigerung auf 693 Milliarden. Dabei muß allerdings festgestellt werden, daß

die ordentliche Gebarung der Gemeinde aktiv

ist und der Gebarungsabgang auf Investitionen zurückzuführen ist, für die eine Bedeckung in Anleiheform, wie dies im Frieden stets üblich war, angesichts der Verhältnisse des Geldmarktes für festverzinsliche Werte zunächst nicht gefunden werden kann. Es muß also, will die Gemeinde nicht auf diese unbedingt notwendigen Aufwendungen verzichten, diese Ausgabe in das reguläre Budget einbezogen werden. Da mit diesem Zustand noch eine Reihe von Jahren zu rechnen sein wird, geht das Bestreben der Gemeindeverwaltung dahin, zunächst <sup>wenigstens</sup> einen Teil dieses Abganges durch Datereinnahmen zu fundieren.

Erhöhung der Luxussteuern.

Es bringt also der Voranschlag für das Jahr 1924 die Erhöhung einer Reihe von Steuern, die aber ausschliesslich auf dem Gebiete des Luxus liegen und keinerlei allgemeine Verteuerung nach sich zu ziehen geeignet sind. Dieses Bild würde allerdings sofort eine einschneidende Veränderung erfahren, wenn die Absicht der Regierung eine Kürzung der Steueranteile der Gemeinde eintreten zu lassen, die Zustimmung des Nationalrates finden wollte. Da würde sich die Notwendigkeit ergeben, die Fürsorgeabgabe, die nach dem Voranschlage keine Erhöhung erfahren wird, in der empfindlichsten Weise hinaufzusetzen. Der Voranschlag wurde auf der Grundlage der Preise, Gehalte und Löhne des Monats September aufgebaut und enthält daher <sup>noch</sup> keine Vorsorge für die im Zuge befindliche Gehaltsbewegung der Angestellten.

Die Verteilung der Ausgaben.

Gegenüber dem Jahre 1923 betragen die Mehrausgaben rund 1600 Milliarden Kronen. Daran sind alle Gruppen des Gemeindehaushaltes beteiligt. Am stärksten die Wohlfahrtseinrichtungen, die im Voranschlag mit einem Erfordernis von 498 Milliarden, gegenüber 333 Milliarden im Jahre 1923, enthalten sind. Dieser Betrag ist weit aus größer, als die Einnahmen aus der Fürsorgeabgabe. Die Gruppe Wohnungswesen enthält für reine Wohnbauten, ohne jede Beamtenbezüge, die gewaltige Summe von 592 Milliarden Kronen und gibt diesem Voranschlage überhaupt die Signatur.

Im Jahre 1923 hat sich die unbedingt notwendige Wohnbautätigkeit erst auf Grund der Notstandsprogramme entwickelt. Die Gruppe technische Angelegenheiten zeigt eine Mehrausgabe von 189 Milliarden Kronen gegenüber dem Jahre 1923. Die Aufwendungen für das Schulwesen sind gleichfalls wesentlich gestiegen. Sie betragen für das Jahr 1924 334 Milliarden Kronen ohne jene Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Schule in der Wohlfahrtsgruppe enthalten sind, wie die Schulspeisung mit 14 Milliarden, die Schulärzte und die Schulzahnkliniken.

Im Voranschlage für das Jahr 1924 sind alle jene Arbeiten finanziell sichergestellt, die in den drei Notstandsprogrammen des Jahres 1923 enthalten sind. Die Gemeindeverwaltung erfüllt also alle Versprechungen restlos.

Die Wohnhausbauten der Gemeinde.

Von den in Aussicht gestellten in den nächsten fünf Jahren zu errichtenden 25.000 Wohnungen werden im Jahre 1924 nicht nur die geplanten 5000 Wohnungen, sondern insgesamt 8000 Wohnungen der Benützung übergeben. Es sind 100 Milliarden Kronen vorgesehen, um die Bauführungen aus dem Jahre 1923 zu vollenden und 492 Milliarden sind für neue Wohnungs- und Siedlungsbauten bestimmt. Es wird also eine wirklich fühlbare Linderung der Wohnungsnot eintreten.

Die Kosten der Elektrifizierung der Stadtbahn.

Gegenüber dem <sup>ursprünglich</sup> veranschlagten Betrage von 170 Milliarden für die Elektrifizierung der Stadtbahn sind im Budget 185 Milliarden eingestellt, da gewisse weitere Ausgestaltungen in technischer Beziehung, aber auch die an den Bund bei der Uebergabe zu leistenden Zuschüsse eine Steigerung herbeigeführt haben. Es wird jetzt ausschließlich vom Bund abhängen, ob diese große und finanziell gesicherte Werk durchgeführt werden kann.

An sonstigen Investitionen der städtischen Unternehmungen sind weitere 150 Milliarden vorgesehen, wobei aber bereits bedeutende Ausgaben auf die Betriebe übernommen worden sind.

Die städtischen Unternehmungen aktiv.

Nach dem Voranschlag arbeiten alle städtischen Unternehmungen aktiv, wenn auch die Ueberschüsse bei den großen Monopolen angesichts der weit von der Goldparität, von den Kohlenpreisen gar nicht zu reden, entfernten Tarife nur verhältnismäßig bescheiden sind. Diese Gebarungsüberschüsse verbleiben überdies bei den Werken, fließen also nicht in die Gemeindekassen.

Mehr als 1100 Milliarden für Investitionen.

Wie schon angeführt, beträgt der Gebarungsabgang für das Jahr <sup>rund</sup> 1924/693 Milliarden. Die gesamten Aufwendungen der Gemeinde für 1924 für nutzbringenden Investitionen dauernder Art erscheinen jedoch im Voranschlage mit einer Summe von mehr als 1100 Milliarden Kronen, sind also weit größer als der veranschlagte Gebarungsabgang. In Wirklichkeit wird der Arbeitsmarkt noch weit stärker durch die Bestellungen der Gemeinde unterstützt, weil in dieser Summe noch nicht die Aufwendungen enthalten sind, die von den städtischen Unternehmungen zu Lasten des Betriebes gemacht werden und auch nicht jene Ausgaben berücksichtigt erscheinen, die sich für die laufende Erhaltung bei den Gebäuden, den maschinellen Einrichtungen in den humanitären Anstalten und Betrieben der Gemeinde ergeben. In den 1100 Milliarden sind nur solche Herstellungen enthalten, die auch bei strengster Auffassung auf eine Investitionsanleihe verwiesen werden könnten. Dazu kommt noch der mit mindestens 150 Milliarden zu veranschlagende Aufwand für Wasserkraftbauten, die von der WAG durchgeführt werden, aber schon seit zwei Jahren infolge des Versagens des Anleihemarktes ausschließlich von der Gemeinde vorschußweise finanziert werden. Es kann also festgestellt werden, daß das Wirtschaftsleben des Jahres 1924 durch die Gemeinde Wien die stärksten Impulse empfangen wird und vor allem mit einer Bausaison zu rechnen ist, wie

2

sie nur in den besten Jahren vor dem Kriege zu verzeichnen war. Die Bau- und Pflasterertätigkeit der Gemeinde findet abgesehen von der Finanzlage in der Möglichkeit der Beschaffung der Materialien und in der Zahl der Arbeitskräfte ihre Begrenzung. Eine Arbeitslosigkeit im Baugewerbe wird infolge des grossen Bauprogrammes der Gemeinde im nächsten Jahre ebensowenig zu verzeichnen sein, als im Pflasterergewerbe, dass gleichfalls durch die umfangreichen Strassenherstellungen der Gemeinde voll beschäftigt werden wird. Ausser den Wohnungsbauten und Aufwendungen der städtischen Unternehmungen sei noch hervorgehoben, dass im Voranschlag eine Reihe wichtiger Investitionen grösserer Art enthalten sind. So der Bau der Kinderübernahmestelle auf dem Alsergrund mit 14 Milliarden, das Jugendamt in Floridsdorf mit 3 Milliarden, ein neuer Kindergarten auf dem ehemaligen Matzleinsdorfer Friedhof mit 2.5 Milliarden, ein neues Kinderheim als Ersatz für das Barackenlager in Grinzing mit 12 Milliarden, der Bau einer Küche in Lainz mit 20.4 Milliarden, der Umbau der Kesselanlage im Krankenhaus der Stadt Wien mit 2.8 Milliarden die zweite Rate für den Bau des Volksbades in Favoriten mit 35 Milliarden, Bauten in den Schlachthöfen mit 15.5 Milliarden, Investitionen im Ziegelwerke Oberlaa, im Kalkwerke Kaltbrunn und im Granitwerke Mauthausen mit zusammen 8 Milliarden, Investitionen im Wasserleitungsbetriebe mit 12 Milliarden, die Fertigstellung der neuen Telefonanlage im Rathause mit 5 Milliarden u.s.w. Die begonnene Automobilisierung des Fuhrwerksbetriebes wird fortgesetzt und 14 neue Autosprengwagen und drei neue Kehrrietzüge angeschafft. Die Einführung des Coloniasystems ist für 60.000 Haushalte mit einem Kostenaufwand von mehr als 12 Milliarden sichergestellt, so dass dann 240.000 Wohnungen und Geschäftslokale auf Grund dieses neuen Systems die staubfreie Kehrrietzabfuhr erhalten. Der Wiederherstellung und Verbesserung der Strassen sind 100 Milliarden gewidmet. Diese Summe ist aber in den früher erwähnten Dauerinvestitionen nicht enthalten und die Ausgaben haben sich auch im Jahre 1923 ungefähr in dieser Höhe bewegt. Eine weitgehende Verbesserung der Strassenpflege wird dadurch eintreten, dass die Strassenöfungen, die in diesem Jahre mit sehr gutem Erfolge durchgeführt worden sind, von 300.000 Quadratmeter Strassenfläche auf 600.000 Quadratmeter ausgedehnt werden. Zum erstenmale wird auch der Hartschotter aus dem neu erworbenen Porphyritwerk in Persenbeug verwendet werden und damit eine wesentliche Verbesserung der Dauerhaftigkeit und eine Verminderung der Staubeentwicklung erzielt. Auch auf dem Gebiete der Strassenbeleuchtung wird im Jahre 1924 durch die fortschreitende Umwandlung der Gas- auf die elektrische Beleuchtung eine Verbesserung eintreten, die sich hierfür ergebende Ausgabe beträgt 10 Milliarden Kronen. Für die Erhaltung der Schulgebäude und die Einleitung von elektrischen Licht in Schulen sind 13.3 Milliarden vorgesehen, wodurch es möglich sein wird, sämtliche Volks- und Bürgerschulgebäude im Inneren in einen tadellosen Zustand zu versetzen.

#### Einzelheiten aus dem Voranschlag.

Aus der Fülle der Budgetposten seien einige besonders bemerkenswerte hervorgehoben. Neu erscheint im Voranschlag das Institut für Krüppelfürsorge, die ehemalige Technik für Kriegsinvalide, die nunmehr von der Gemeinde übernommen worden ist. Das gleiche gilt für die fünf Wärmestuben, deren Fortführung der private Verein nicht mehr bestreiten konnte. Vom 1. Jänner 1924 an sollen zwei große Horte in der Trostgasse in Favoriten und in der Sandleitengasse in Ottakring für je 300 Kinder in den Gemeindebetrieb übernommen werden. Die Gemeinde wird auch in den drei härtesten Wintermonaten eine Holz- und Kohlenaktion mit einem Aufwand von einer Milliarde Kronen durchführen. Es werden an zehntausend Bedürftige durch drei Monate mit je 20 kg Kohle und 20 kg Holz beteiligt werden. Der große Fürsorgeapparat der Gemeinde erfährt außer den vorgenannten Neuerun-

gen noch eine weitere Ausgestaltung durch eine weitere Mutterberatungsstelle, die in der Hammerschmidgasse in Döbling errichtet werden wird, ferner durch neue Schulzahnkliniken in Floridsdorf und auf dem Alsergrund. In Floridsdorf ist außerdem die Errichtung einer neunten Tuberkulosefürsorgestelle vorgesehen. In Gartenanlagen sollen drei weitere Friedhöfe, nämlich der Währinger Ortsfriedhof, der Hundstürmer- und ein Teil des Schmelzerfriedhofes umgewandelt werden. Auf dem Hundstürmer Friedhofe wird auch ein neuer Kinderspielplatz und ein weiteres Kinderfreibad geschaffen werden. Aber auch sonst sind große Summen, die mehrere Milliarden ausmachen, für die Erweiterung bestehender Gartenanlagen und die Anlage neuer Baumpflanzungen vorgesehen. Der abgeholzte Floridsdorfer Aupark soll teilweise aufgeforstet werden und auf den ehemaligen Schanzgründen in Stadlau wird eine ganz neue Gartenanlage mit einem Aufwande von 800 Millionen entstehen. Der Wunsch nach Vermehrung der Ruhegelegenheiten in den öffentlichen Anlagen ist überall berücksichtigt worden. Die Gemeinde wird ungefähr 1000 neue Gartenbänke um den Betrag von 850 Millionen anschaffen und damit über insgesamt 9000 Gartenbänke gegenüber 6700 im Frieden verfügen. Die Sommerbäder werden, wie schon in den letzten Jahren, auch diesmal erweitert und es sollen 1105 neue Auskleidegelegenheiten hinzugefügt werden. Für das Jörgerbad ist eine Vorrichtung in Aussicht genommen, die ein gleichzeitiges Unterrichten im Schwimmen für zehn Kinder ermöglicht. Der Leuchtbrunnen wird an 40 Abenden im Jahre in Betrieb gesetzt. Es soll dies nicht nur für die Wiener Bevölkerung geschehen, sondern auch als ein Stück Anziehungskraft für die in Wien anwesenden Fremden betrachtet werden. Im Voranschlag erscheint zum erstenmal ein Betrag von 1200 Millionen für die Hebung des Fremdenverkehrs, was eine Bekräftigung der hohen Bedeutung des Fremdenverkehrs für das Wiener Erwerbsleben darstellt. Die Stipendien an Mittelschulen und Hochschulen sollen vermehrt und mit Beginn des Schuljahres 1924/25 verliehen werden. Ganz außerordentlich groß sind die Ausgaben für die Erhaltungsbeiträge an alte bedürftige Personen gestiegen. Diese Post hat sich von 6.2 Milliarden nach dem Voranschlag für 1923 auf 61.5 Milliarden für 1924 erhöht. Dazu kommen noch die Mietzinsbeihilfen, die mit 2.4 Milliarden veranschlagt werden. Auch die Pflegebeiträge für die magistratischen Kostkinder sind von 4.8 Milliarden auf 34.8 Milliarden gestiegen. Im Vorjahre wurde für die Förderung des Kleingartenwesens ein Betrag von nur 20 Millionen in den Voranschlag eingesetzt; für 1924 sind 1100 Millionen vorgesehen. Die Beteiligung jedes einzelnen Schulkindes mit der Klassenlektüre erfordert eine Ausgabe von 14.5 Milliarden.

#### Die Bedeckung.

Von dem Gebarungsabgang von 693 Milliarden sollen rund 150 Milliarden durch Steuererhöhungen bedeckt werden. Auf eine aufzunehmende Anleihe werden 300 Milliarden verwiesen und der Rest von 243 Milliarden wird aus den Kassabeständen bestritten. Da noch nicht vorauszusehen ist, wann die Begebung einer so großen Anleihe erfolgen kann, sollen auch diese 300 Milliarden vorläufig auf die Kassabestände verwiesen werden.

#### Die Steuererhöhungen.

Vorgeschlagen wird eine Hinaufsetzung der Wohnbausteuer für alle jene Mietzinse, die im Frieden mehr als 3000 K jährlich ausgemacht haben. Es wird davon nur ein ganz bescheidener Bruchteil der Wohnungen und Geschäftslokale betroffen. Von den in Wien insgesamt vorhandenen 605.590 Wohnungen und Geschäftslokale zahlten im Frieden 587.409 einen Zins von weniger als 3000 Kronen jährlich. Für diese Wohnungen und Geschäftslokale bleibt die bisherige Skala der Wohnbausteuer unverändert. Die Hinaufsetzung trifft also lediglich 18.181 Großwohnungen und besonders vornehme Geschäftslokalitäten.

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur  
Karl H o n a y .

Wien, Freitag, den 30. November 1923.

W i e n e r G e m e i n d e r a t .

Sitzung vom 30. November 1923.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß GR. Rudolf Müller (III. Bez.) sein Mandat niedergelegt habe und als Ersatzmitglied Frau Dr. Aline Furtmüller / <sup>(Sozialdem.)</sup> In den Gemeinderat berufen wurde.

Frau Dr. Furtmüller leistet sodann die vorgeschriebene Angelobung.

Der Bürgermeister teilt sodann mit, daß zu den Punkten 7, 11, 83, 14, 67, 21, 32, 78, 95 und 42 Wortmeldungen vorliegen, alle übrigen Punkte der Tagesordnung werden infolgedessen als angenommen erklärt.

VB. Emmerling stellt den Antrag auf Bewilligung eines Nachtragskredites von 1.350.000.000 Kronen für die Errichtung einer neuen Kesselanlage im Gaswerk Simmering. Die Bedeckung habe aus Betriebsmitteln zu erfolgen.

GR. Doppler (chr. soz.): Nach dem Antrage des Referenten soll der Betrag aus Betriebsmitteln gedeckt werden. Wir sehen, daß so gewaltige Ausgaben regelmäßig immer wieder aus den Betriebsmitteln gedeckt werden und wenn das nur eine Einzelercheinung wäre, könnte man sich damit abfinden. Aber wir begegnen dieser Methode immer wieder und müssen schon sagen, daß es nach unserer Auffassung vollständig unstatthaft ist, derartige Investitionen solcher Art abzuschreiben. Es übertragen sich diese Abschreibungen ja doch immerhin wieder auf die Tarife, die dadurch bedeutend erhöht werden müssen und so für die Bevölkerung stets wachsende Lasten bedeuten. Es ist das eine ganz unerlaubte Methode und ein ähnliches System wie Sie es durch die Vorauszahlungen betreiben. Sie sagen, Sie führen Ihre Unternehmungen nach dem Grundsatz der Selbstkostendeckung. In Wirklichkeit sieht diese Praxis aber nach etwas ganz anderem aus.

VB. Emmerling: GR. Doppler hat heute einen recht unangenehmen Tag gewählt, um uns unerlaubte Geschäftspraktiken vorzuwerfen. Gerade heute haben wir erfahren, in welcher unerhörten Weise der Bund alle Gebühren für die Post, Telegrafien u. s. w. erhöht und damit der Bevölkerung schwere Lasten auferlegt.

Rufe bei den Christlichsozialen: Das ist etwas ganz anderes!

Rufe bei den Sozialdemokraten: Gewiß ist das etwas ganz anderes!

VB. Emmerling: Was die Vorauszahlung anlangt, hat es diese auch früher einmal gegeben, nur hatte man dafür einen anderen Namen, man sagte Kautions. Im übrigen bitte ich um die Annahme meines Antrages.

Der Antrag wird sodann mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

GR. Grünfeld (Soz. Dem.) stellt den Antrag zur Beschaffung der für die Erweiterung der Friedhöfe und die Ergänzung der bestehenden Anlagen notwendigen Gesträucher und Bäume einen Kredit von 346 Millionen Kronen zu genehmigen, von denen 176 Millionen Kronen aus den Mehreinnahmen des Betriebes zu decken sind.

GR. Stöger (chr. soz.): Am Feste Allerheiligen konnte man beobachten wie ungezählte Tausende von Wienern in den Zentralfriedhof wanderten, um durch den Besuch der Gräber ihrer Verstorbenen ihre Dankesschuld diesen gegenüber zu erstatten. Da musste sich jeder objektiver Beobachter sagen, das Volk von Wien ist wieder auf dem Wege der Genesung. Es ist wieder erwacht der Sinn für Freude und Dankbarkeit. Mit Freude begrüße ich daher den Antrag des Referenten, demzufolge ein so hoher Betrag zur Schmückung und Ausgestaltung der Friedhöfe verwendet werde

soll. Aber eines muß ich bei dieser Gelegenheit leider schon bemängeln, das ist die Tatsache, daß die Stadt Wien für die als Helden im Weltkrieg Gefallenen so wenig leiste und es nicht der Mühe wert findet, zur Erhaltung der Heldengräber kräftigst beizusteuern. Ich möchte schon sagen, ein Volk, das seine gefallenen Helden nicht ehrt, ist sein eigenes Leben nicht wert. Was Wien an Kultur und Zivilisation geleistet hat ist unerreicht. An den Mauern Wiens scheiterte die Unkultur der Magyaren, Türken u. s. w. Heute aber sind wir so weit, daß halbzivilisierte Völker uns durch die Ehrung, die sie ihren Toten angedeihen lassen, beschämen. Ich stelle daher den Antrag, daß die Gemeinde Wien aus ihren Mitteln ein würdiges Denkmal für die gefallenen Helden zu errichten habe.

GR. Angeli (chr. soz.): Wenn Sie auch für derartige Dinge vielleicht kein Gefühl haben, so muß ich Ihnen schon verraten, daß ich mich für die Gemeinde Wien sehrschämen musste, als ich als Tiroler einen Kranz zum Gedenken der gefallenen Tiroler Helden am Allerseelentage im Zentralfriedhof niedergelegt hatte. Es ist ein erschütternder Anblick, wie trostlos, verödet die Soldatengräber sind. Keine Blume, keine Pflanze, nicht einmal geordnete Hügel. Für das beschämteste aber halte ich es, daß sich in unmittelbarer Nähe die sogenannten Heldengräber ein großer Heuschaber befindet, von dem Haus das die Gemeinde Wien im Friedhofe fecht et, und zum späteren Verkaufe bestimmt. Das ist doch eine Tatsache, die sich mit der Ehrung der Toten nicht in Einklang bringen lässt. Ein weiterer ganz unstattharer Umstand, ist, daß die Kirchen derartig baufällig belassen wird, daß überall schon das Ziegelwerk offen und frei zutage liegt. Da müssen wir schon fordern, daß die Gemeinde gründlich Abhilfe schafft. Wenn sie es nicht tut, wird eben die Bevölkerung aus eigenem daran gehen, hier Abhilfe zu schaffen. Das christliche Volk von Wien kann nicht wirklich dulden, daß seine Kirchen verfallen, während man auf der anderen Seite Milliarden für Krematorien u. s. w. hinauswirft.

GR. Reumann: Aber wie kann man denn so etwas plaudern. Hätten Sie besser gebaut, es ist eine Schande, wie man früher gebaut hat.

GR. Pencsch (chr. soz.): Meine Herrn Vorredner haben ausführlich über die Zustände im Zentralfriedhof gesprochen. Ich glaube, daß der große Betrag, der zur Anschaffung von Bäumen und Sträucher ausgelegt werden soll, nicht unnütz ausgegeben werden darf. Ich halte dafür, daß es am besten ist, eine öffentliche Offertauschreibung zu veranstalten. Auf diesem Wege wird der sicherste Erfolg zu erzielen sein. Ich stelle darum auch den Antrag, die Anschaffung von Sträuchern und Bäumen zur Ausschmückung der Friedhöfe im Offertwege auszuschreiben.

StR. Professor Tandler (Soz. Dem.): Die ganze Angelegenheit, so harmlos sie eigentlich ist, wurde von zwei Herren benützt, die Friedhofsverwaltung anzugreifen. Dem gegenüber muß ich aber erklären, daß 1. nach einem Beschlusse, den der Gemeinderat noch während des Krieges fasste, die Gemeinde nur die Pflege der Wege und der Beste übernommen hat. Es sind ausdrücklich ausgeschlossen die Gräber selbst. Daher kommt es, daß zum Teil Gräber vollkommen vernachlässigt sind. Die, die die Aufgabe gehabt hätten, für diese Gräber zu sorgen, haben eben ihre Aufgabe nicht erfüllt. (Rufe bei den Christlichsozialen: Das sind Wortklaubereien!) Immer wenn es Ihnen passt, ist eine Wortklauberei. Demgegenüber gibt es aber auch eine ganze Reihe von Gräbern, die in tadellosen Zustand erhalten sind. Gerade im letzten Jahre haben wir aber getan, was zu tun möglich war. Im Kriege konnte man kein Monument setzen, und ich glaube, es hätte uns die Bevölkerung wohl nicht recht verstanden können, wenn wir unmittelbar nach den Zeiten der Revolution an eine solche Denkmalsetzung geschritten wären. Wo immer solche Denkmäler

den Gefallenen des Krieges gesetzt wurden, handelte es sich um Spenden, durch die die Errichtung derartiger Monumente möglich wurde, nicht aber um Gemeindegelder. Es gibt aber einen Beschluß, nach dem dort ein Monument errichtet werden soll und Sie können versichert sein, es wird auch errichtet werden. Was die Kirche anlangt, verstehe ich nichts vom Kirchenbau. Es ist mir aber sehr merkwürdig, daß die Kirche, die erst vor wenigen Jahren gebaut wurde, heute schon in einem derartigen baufälligen Zustande sich befindet. Ich meine, das kann nur an der Art der damaligen Bauführung liegen.

GR. Grünfeld (Schlußwort): Ich ersuche den Antrag Stöger der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuführen. Im großen und ganzen sind ja alle Redner mit meinem Antrage einverstanden. Nur muß ich erklären, daß wir die Bäume und Sträucher aus der Gemeindebaumschule Albern nehmen wollen und es könnte nur etwa die Vergebung auf einen kleinen Teil der notwendigen Sträucher auf dem Offertwege ausgeschrieben werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen, der Antrag Panosch wird abgelehnt.

Referent GR. Hiess (Soz. Dem.) beantragt der vom Bürgermeister getroffenen Verfügung auf Auszahlung einer Subvention von 25 Millionen Kronen an den Verein „Haus in der Sonne“ zur Erhaltung seines Jugendheimes in der Laimgrubengasse nachträglich zu genehmigen.

GR. Doppler (chr. soz.) hat in merithorischer Hinsicht gegen das Referat nichts einzuwenden, er bemängelt es jedoch, daß die Tagesordnung zwanzig Geschäftsstücke auch nachträgliche Genehmigung enthalte. Eine solche Art der Geschäftsgebarung könne die Opposition nicht gut heißen denn dadurch werde der Gemeinderat in seinem Rechte verkürzt. Bei einer systematischen Handhabung der Geschäftsordnung werde und müsse es möglich sein, die einzelnen Geschäftsstücke normal zu erledigen.

Bgm. Seitz bemerkt, daß von der Anwendung des § 96 der Gemeindeverfassung nur in dringenden Fällen Gebrauch gemacht werde, um in der Sache selbst einen Schaden zu verhindern. Die Genehmigung der in Rede stehenden Subvention durch den Bürgermeister Reumann sei in einer Zeit erfolgt, wo der neue Gemeinderat noch nicht konstituiert war, wäre das nicht geschehen, dann hätte die Anstalt der Jugendgemeinschaft „Haus in der Sonne“ gesperrt werden müssen, weil sie sich in finanziellen Schwierigkeiten befunden habe. Wenn der Bürgermeister auch sagen müsse, daß er kein Freund von derartigen Ermächtigungen sei, so ist gerade im vorliegenden Falle diese Verfügung des vormaligen Bürgermeisters durchaus rechtmässig und notwendig gewesen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Derselbe Referent beantragt dem Verein „Freie Schule-Kinderfreunde“ für die Zwecke der Renovierung seiner Heimstätte in der Siemensstrasse ein unverzinsliches Darlehen von 15 Millionen Kronen zu gewähren.

GR. Stöger (chr. soz.) bringt vor, daß eine Beamtengruppe zwangsweise zur Leistung von Beiträgen für den Verein Kinderfreunde verhalten wurde. Da dieser Verein eine durchaus freimaurerische Unternehmung sei, müssen die Christlichsozialen dagegen protestieren, daß ein solcher Zwang ausgeübt werde und den Bürgermeister ersuchen, den Unfug abzustellen.

Der Referent erwidert, es sei ihm von solchen angeblichen Abzügen nichts bekannt, der Sache werde aber nachgegangen werden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Referent Iser (Soz. Dem.) beantragt die Bewilligung eines Zuschusses von 555 Millionen zur Deckung der aus dem Ankauf von Grundstücken in Hirschstetten (Eigentum der Geschwister Ther) erwachsenen Auslagen.

VB. Höss (chr. soz.) erklärt gegen den Ankauf selbst nichts einzuwenden, doch müsse er ersuchen, daß in solchen Fällen dem Gemeinderat, wie es früher der Fall gewesen sei, die entsprechenden Behelfe, wie Planskizzen, Beschreibungen u. dgl. zur Verfügung gestellt werden, damit die Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit haben, sich zu orientieren.

Der Bürgermeister erklärt, er werde diese Anregung auf ihre finanzielle Auswirkung hin prüfen.

Ein Antrag desselben Referenten, einen Grundtausch der Gemeinde Wien mit der Maschinenfabriks A.G. Vulkan in Ottakring zuzustimmen, wird ohne Debatte angenommen.

GR. Nachtnebel (Soz. Dem.) berichtet über den Antrag auf Führung der Züge der neuen Strassenbahnlinie über die Schmelz bis zum Neubaugürtel und Errichtung einer Geleiseschleife an dieser Stelle um Bewilligung der Mehrkosten von 160 Millionen Kronen als Nachtragskredit.

GR. Paulitschke (chr. soz.) bezeichnet die <sup>geplante</sup> Anlage der Geleiseschleife auf dem inneren Gürtel als gänzlich verfehlt, weil sie einen Kinderspielplatz umkreist und an dem Pavillon für Schwerkranke und an den Operationsaal des Sophienspitals vorbeiführe. Obendrein herrsche an dieser Stelle ein starker Fuhrwerksverkehr. Die neue Schleife werde daher nicht nur die spielenden Kinder gefährden und <sup>für</sup> die Schwerkranken eine empfindliche Störung bedeuten, sondern auch ein Verkehrshindernis bilden. Redner beantragt, anstatt der projektierten Geleiseschleife, die neue Strassenbahnlinie bis zur Sechshäuserstrasse zu führen und dort in die Ber Linie einmünden zu lassen. Die Wagen sollen bis zum Meidlinger Bahnhof laufen.

GR. Kunschak (chr. soz.) sagt, es handle sich um einen verkehrspolitischen und betriebstechnischen Unsinn, der am grünen Tisch ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit ausgeht worden ist. Die neue Strassenbahnlinie könne eine bessere Trassenführung finden. Redner verweist darauf, daß seinerzeit für die Strassenbahnlinie auf dem Handelskai ein Projekt der Strassenbahndirektion vom Gemeinderate trotz Widerspruches der Christlichsozialen angenommen wurde, und daß dieses Projekt gar nicht zur Ausführung gekommen, sondern nachträglich abgeändert worden sei, und zwar genau nach den Vorschlägen der Opposition. Ein solcher Vorgang dürfe nicht kritiklos hingenommen werden. Heute stehe die Sache so, daß ein Gemeinderatsbeschuß gar nicht zur Durchführung gelangt und daß über die Abänderung der Linienführung dem Gemeinderat nicht einmal ein Bericht vorgelegt wurde. Der Bürgermeister müsse dafür sorgen, daß nachträglich für die neue Linie die Genehmigung des Gemeinderates eingeholt und der nicht zur Ausführung gelangte Beschuß widerrufen werde.

Vizebürgermeister Emmerling nimmt dagegen Stellung, daß Gemeinderat Kunschak die Arbeit der Beamten als Unsinn bezeichnet. Am 16. Mai hat der Gemeinderat nur die Einbückung der Linie St. Luciaplatz-Volkwehrplatz beschlossen und die Linienführung selbst war noch beim Verkehrsministerium anhängig. Sie wurde dann nicht eigenmächtig abgeändert, da ja der Gemeinderat gar nichts beschlossen hatte. Eine Führung der hier behandelten Linie in die Reindorfgrasse sei unmöglich, weil die Schmelzbrücke die Belastung nicht verträgt. Diese Linie kann daher nur über die Felberstrasse geführt werden. Da in der Felberstrasse nicht jener starke Verkehr ist, war es zweckmässig, diese Linie bis zum Gürtel zu führen. Sie noch weiter, wie heute verlangt wird, über die Mariahilferstrasse zu führen, sei nicht möglich, weil diese Strasse bereits überlastet ist.

Es wird hierauf der Rückverweisungsantrag abgelehnt.

GR. Kunschak berichtet, daß seine Kritik sich nicht gegen die Beamten gerichtet habe, da er nicht wisse, wieviel geistiges Eigentum an diesen Plänen den Beamten, und wieviel dem amtsführenden Stadtrat zukomme. Von einer Anfeindung der Beamten könne keine Rede sein, da im Gemeinderat ausschliesslich die amtsführenden Stadträte verantwortlich sind. Die Darstellung des Vizebürgermeisters Emmerling komme einem Ermächtigungsgesetz gleich, gegen das Verwahrung eingelegt werden muß.

GR. Witzmann (Soz. Dem.) erklärt, daß leider die Führung der neuen Linie nach Rudolfshaus unmöglich sei, da selbst ein Haus eingelöst werden müsste.

Der Referent verweist in seinem Schlußworte darauf, daß auch die frühere Verwaltung eine Reihe von Linien an Spitalern und Kinderspielplätzen errichtet habe. Die Linienführung wurde von einer Kommission, an der auch das Verkehrsministerium beteiligt ist, genehmigt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Paulitschke abgelehnt und der Referentenantrag unverändert angenommen.

StR. Siegel berichtet zu Post 21, daß bei dem in Aussicht genommenen Bau von Vollwohnungen auf der Schmelz man sich im allgemeinen an den bisher geltenden Wohnungstyp halten werden, daß darüber hinaus aber auch die Absicht besteht diese Bauten mit besonderen Anlagen, wie Badeanlage mit 20 bis 30 Wannen, 30 Brausebädern, eigenen Kesselanlagen, drei großen Räumen, die durch Flügeltüren von einander getrennt, fallweise zu einem einzigen Raum gemacht werden können, durch Lesesäle, Kleiderablagen und Spielräume der Kinder zu erweitern.

GR. Orell (chr. soz.): Daß die Stadt Wien baut, begrüße ich. Ich habe in diesem Sinne mehr als zwanzig Jahre gewirkt. Auch unser großer Lueger war immer bemüht, die Bautätigkeit zu heben und zu fördern und eine neue Bauordnung durchzusetzen. Es ist ihm aber dieses große Werk nicht gelungen. Auch heute noch ist es ein Hauptfordernis die bestehende Bauordnung zu ändern. Dem setzen sich aber fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Es sind in der gegenwärtigen Gemeinderatsmehrheit bürgerlich-liberale Anschauungen über diese Dinge geltend und überdies machen sich Parteinteressen bemerkbar, die erst recht verhindern, daß sich in diesem Belange die Dinge bessern. Unser Streben und Ideal wäre es, jeden Einzelnen eigenen Grund und Boden, um darauf ein Familienhaus zu verschaffen. Diesen Bestrebungen sind Sie aber auf das schärfste abhold. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß Sie nur gezwungen für die Siedlerbewegung ein Interesse aufbringen. Jeder, der in einem eigenen Heime wohnt und ein eigenes Stückchen Boden für sich und seine Familie bearbeitet, scheint Ihnen für ihre Lehren nicht zugänglich und bedeutet für Ihre Bewegung ein Abbruch. Deshalb ist Ihr Bauideal gerade das entgegengesetzte von dem unseren, indem Sie riesige Zinskasernen mit vielen Stöcken, man könnte sie beinahe Wolkenkratzer nennen, erbauen. In diesen Kasernen sollen die Parteien vollständig gleich gemacht und gleich gestellt, aller individuellen Persönlichkeitsregungen entblösst werden. In anderen Ländern z. B. in England, Belgien, Holland sehen wir, daß eine große Zahl vom Arbeitern eigene Häuser bewohnen. Das wäre gewiß auch bei uns durchzuführen, nur müsste der Wille dazu vorhanden sein. Ebenso wenig wie der Kapitalismus ein Recht hatte, den Menschen das Recht auf Land und Boden zu bestreiten, ebenso wenig haben Sie ein Recht das zu tun. Es ist eine leere Ausrede, wenn man dem Rechtsanspruch auf individuelles Eigentum gegenüber verweist auf kollektivistisch-kommunistisches Eigentum. Solches Eigentum haben wir ja z. B. in Wien. Jeder Strassenbahner ist als Bürger der Stadt Wien Mitbesitzer an der Strassenbahn selbst. Der Erfolg davon ist aber ein höchst zweifelhafter, denn jeder Strassenbahner ist und bleibt dennoch nichts als ein politisch und wirtschaftlich unfreier, von Ihnen ausgebeuteter Proletarier. Wir brauchen nur nach Russland zu schauen, wohin die Vollendung des Kapitalismus in der kommunistischen Wirtschaft führt. Dort können die Arbeiter nicht einmal Ver-

sammlungen abhalten, in welchen irgendwelche Kritik an der Tätigkeit der Sowjetfunktionäre geübt würde. Jene Funktionäre, die meist reinblütige Juden sind. Eine andere Frage von höchster kultureller Bedeutung ist für uns die Frauenfrage. Auch diese wollen sich voll und ganz im altbürgerlich-liberalen Sinne lösen. Sie wollen die Frau hinaus aus der Familie, aus dem Hause bringen, um sie so nach Ihrer Theorie erst dadurch frei zu machen. Wir danken Ihnen schönstens für solche Theorien.

Auch die Praxis mit den Wohnungen, welche Sie schon erbaut oder über die Sie verfügen, möchte ich hier zur Sprache bringen. In meinem Wahlbezirke kenne ich mehrere Brautpaare, die zu Wohnungen gelangt sind dadurch, daß sie <sup>für</sup> ihre Kinderfreunde oder ähnliche Ihrer Parteiministerien eine oder mehrere Millionen Kronen spendeten.

StR. Weber: Namen nennen! Heraus mit den Tatsachen!

GR. Reismann: Verleumdungen können Sie, aber nicht beweisen.

GR. Orell: Auch der Fall des Gastwirtes von der Herbeckstrasse, der vor einigen Tagen die Gemüter in Aufregung versetzt hat, ist sehr charakteristisch für die Praxis, die Sie bei einer Vergebung und Zuweisung von Wohnungen üben. Weil die Untermieterin eine Genossin war und Ihren Lebensgefährten zu sich genommen hatte, musste die Familie des Wirtes Frau und zwei halberwachsene Kinder zurückstehen. Auch der Bezirksvorsteher Klepex hat den Kinderfreunden das Czartoryskischlüssel zugeschanzt und sicherte sich in dem Schlüssel eine Wohnung. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Doppler (chr. soz.) bringt vor, daß in den neuen städtischen Häusern Agitatoren herumgehen und den Mietern nahe legen, der sozialdemokratischen Mieterorganisation beizutreten. Den Leuten werde aber auch gesagt, daß sie politisch organisiert sein müssen und zwar sozialdemokratisch. Die Agitatoren erklären Ihnen: „Vergesst nicht, daß diese neuen Häuser nicht unter das Mieterschutzgesetz fallen, sondern daß es möglich ist euch zu kündigen“. Gegen diesen Zwang müsse energische Verwahrung eingelegt und die unbedingte Abstellung des Unfugs gefordert werden.

StR. Siegel erklärt in seinem Schlußwort, er könne auf die vom GR. Orell gesprochene sechszigseitenlange Brochure, in der eine Prinzipenerklärung abgegeben wurde, nicht eingehen, weil er darauf nicht vorbereitet gewesen und seine Bibliothek nicht mitgenommen habe. (Heiterkeit bei der Mehrheit) Die Polemik Orell's gegen das Prinzip des <sup>Hoch-</sup>baues und seine Agitationsrede für den Flachbau werde wohl in den Reihen der eigenen Partei mit gemischten Empfindungen vernommen worden sein, zumal sich unter den Christlichsozialen nicht durchwegs Anhänger des Flachbausystems befinden. Gerade während der christlichsozialen Verwaltung dieser Stadt ist an die Schaffung von Siedlungshäusern nicht im entferntesten gedacht worden und erst während der sozialdemokratischen Herrschaft wurden die ersten Siedlungsbauten aufgeführt. Wenn heute die Arbeiterbezirke Wiens ein so trauriges Antlitz in ihren Bauten zeigen, so seien das Sünden der Vergangenheit, in der man ein Volkwohl und Wohnkultur für die breiten Massen nicht dachte, sondern mit dem Bauen den brutalsten Wucher getrieben hat. (Beifall bei der Mehrheit) Wenn heute GR. Orell die Hochbauten abfällig kritisierte, so werde es wohl nicht lange dauern und wir werden einen seiner Parteigenossen hören, der über die Flachbauten eine Verdammungsrede halten wird. Vielleicht schon <sup>in</sup> der nächsten Gemeinderatssitzung wird das Bauprogramm für das Jahr 1924 vorgelegt werden, daß sowohl Flach- als auch Hochbauten mit nahezu 6000 Wohnungen enthält. (Beifall bei der Mehrheit.) Bezüglich der Bemerkung des GR. Doppler über den angeblichen Druck auf die Bewohner städtischer Häuser zum Beitritt in sozialdemokratische Organisationen, müsse der Referent feststellen, daß es niemanden verwehrt werden könne politisch zu agitieren. Die Gemeinde habe wohl keine Möglichkeit hier gleichsam den Polizeimann zu spielen und das Agitieren in ihren Häusern zu verbieten. Das müssen die Mieter wohl unter sich selbst ausmachen.

4  
GR. Rummelhardt (chr. soz.) berichtet tatsächlich, daß unter der christlichsozialen Aera Familienwohnhäuser für Gasarbeiter in Leopoldau gebaut worden sind. Es sei auch keine Erfindung der Sozialdemokraten auf dreissig Jahre einen Grund zu Lehen zu geben, denn gerade unter der christlichsozialen Verwaltung sei das Erbaurecht auf neunzig Jahre gegeben worden.

GR. Weber (Soz. Dem.): Aber ohne Geld!

Referent GR. Siegel: Ich berichtige tatsächlich, daß die Gaswerkshäuser in Leopoldau keine Ein- oder Zweifamilienhäuser sind, sondern dreigeschossige gewöhnliche Zinshäuser, daher die Berufung darauf wohl verunglückt war. Ich stelle auch fest, daß die ersten Siedlungsbauten im Jahre 1919 in Wien entstanden sind. Was früher auf diesem Gebiete geschah, war lediglich bourgeois-mässiger Cottagebau.

Die Vorlage wird sodann angenommen.

Derselbe Referent beantragt, das Mehrerfordernis von 24 Millionen Kronen für die Asphaltierung der Seitenfahrbahn des Parkringes zu genehmigen.

GR. Rotter (chr. soz.) bemängelt bei diesem Anlasse, daß die Erneuerung des Holzstückelpflasters in der Alserstrasse über drei Monate gedauert habe und tadelt auch die nach seiner Meinung ungenügende Säuberung der Strassen beim letzten Schneefall am Sonntag.

GR. Huber (chr. soz.) beklagt sich über die schlechte Strassenpflege in Breitensee. Er verliest eine Eingabe der Bewohner der dortigen Häuser, in denen der schlechte Zustand der Breitenseerstrasse beschrieben und um Hilfe gebeten wird.

StR. Siegel: Bezüglich der Ausführungen durch meinen Vorredner möchte ich nur im allgemeinen bemerken, daß im Jahre 1923 für die Strassenpflege 110 Milliarden Kronen aufgewendet wurden. Wir stellten dafür 420.000 Quadratmeter Makadamplaster und 120.000 Quadratmeter Würfelstrassen her. Ich kann also schon sagen, auf dem Gebiete der Strassenherichtung ist in Wien außerordentlich viel geschehen. Es war der gesamte technische Apparat bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit angespannt. 100 Prozent aller in den einschlägigen Branchen beschäftigten Arbeiter waren in voller Tätigkeit. Wir haben alle Würfelsteine aufgekauft und sind darum zum Teile sogar ins Ausland, in die Tschechoslowakei, Bayern und nach Schweden gegangen, welcher Umstand uns allerdings auch wieder von der gegnerischen Seite Vorwürfe eingetragen hat. Auch allem irgendwie greifbaren Schotter haben wir uns vergewissert. Wir haben getrachtet den Park der Dampfstrassenwalzen zu vergrößern und wandten uns, da solche Maschinen in Oesterreich nicht aufzutreiben sind, nach Deutschland, woher wir auch infolge der dortigen desolaten Verhältnisse bis zum Augenblick erst eine Benzinstrassenwalze geliefert erhielten. Eine zweite solche Walze soll in den nächsten Wochen zur Lieferung gelangen. Was die Beschwerde über die lange Dauer der Herstellungsarbeiten in der Alserstrasse betrifft, ist die Schuld wohl darauf zurückzuführen, daß die Strassenbahn bei dem Geleisewirrwarr der dorten herrscht, nicht in der Lage war, diese Neuanlagen früher herzustellen. Ich bitte um die Annahme des gestellten Antrages.

GR. Rotter (chr. soz.) berichtet tatsächlich, VB. Emmerling habe auf seine seinerzeitige Anfrage hin erklärt, es treffe die Schuld wegen der langen Dauer der Herstellungsarbeiten in der Alserstrasse den Ausschuss V, also den Herrn Stadtrat Siegel.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen.

Zu Post 78 berichtet ebenfalls GR. Siegel. Er beantragt die Genehmigung der Entfernung der übrigen Sitzplätze im Gemeinderatssitzungssaal mit einem Kostenerfordernis von 62 Millionen Kronen.

GR. Stöger (chr. soz.): Ich habe mich zum Wort gemeldet, um zu erfahren, was an der Entfernung der Sitze den ungeheuren Betrag von 62 Millionen Kronen verursache.

GR. Siegel: Ich ersuche den Herrn GR. Stöger sich nach Schluss der Sitzung zu mir zu begeben und ich werde ihm alle Details in dieser Frage

mitteilen. Ich bitte um die Annahme des gestellten Antrages.

Der Antrag wird sodann angenommen.

StR. Speiser beantragt, daß aus verschiedenen Humanitätsanstalten der Gemeinde sechzig geistliche Schwestern gekündigt werden sollen, da die Gemeinde über diese Schwestern keinerlei Dienstrecht besitzt und sich daher mancherlei Schwierigkeiten ergeben. Es handelt sich vor allem um eine verwaltungstechnische Maßnahme, wodurch der Zustand, wie er vor der christlichsozialen Verwaltung vorhanden war, wieder hergestellt ist.

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Es kommen also an Stelle der grauen Schwestern die roten Schwestern!

StR. Speiser: Es ist geplant, daß an Stelle dieser Schwestern vor allem Kriegerwitwen und Kriegerwaisen, die arg Not leiden, herangezogen werden.

StRin. Dr. Motzko (chr. soz.): Dieser Akt schließt sich würdig der Kündigung der dreissig geistlichen Schwestern an, die im früheren Gemeinderat bereits beschlossen worden ist. Die Gründe für die Kündigung sind ebenfalls die gleichen. Wir haben Ihnen schon damals entgegengehalten, daß diese Gründe gar nicht stichhältig sind und wahrscheinlich glaubt der Referent selber nicht daran. Was die Disziplinargewalt gegen die Schwestern anlangt, möchten wir doch fragen, wann es notwendig war, gegen eine solche Schwester vorzugehen. Es ist doch eine unbestrittene Tatsache, daß den geistlichen Schwestern an Opferfreudigkeit, Pflichteifer und Hingebung an den Dienst niemand auch nur das Glas Wasser reichen könnte. Wenn heute behauptet wird, daß an Stelle dieser Schwestern Kriegerwitwen und Kriegerwaisen eingestellt werden, so sei festgestellt, daß die Gemeinde für diese Personen in gar keiner Weise etwas geleistet hat. Sie spielen ein verstecktes Spiel und es ist traurig genug, daß Sie nicht den Mut haben, zu erklären, daß nur der Haß gegen das geistliche Kleid, der Haß gegen die Kulturkampf der Sozialdemokratie diametral entgegengesetzte christliche Weltanschauung, sie veranlasst, diesen Akt zu setzen. Wir haben Ihnen wiederholt nachgelesen, daß die geistlichen Schwestern viel billiger sind als die weltlichen. Sie haben einer geistlichen Schwester monatlich höchstens 600.000 Kronen samt allen Naturalleistungen gezahlt, während Sie einer weltlichen Kraft mindestens 1.5 Millionen Kronen zahlen müssen. Das macht bei den neunzig abgebauten Schwestern schon heute 54 Millionen Kronen monatlich aus und es ist unverantwortlich, wie die Gemeinde die Steuergelder verschwendet. Wie weit Ihr Haß geht, haben Sie auch bei den

Abfertigungen bewiesen. Sie haben die Vertrauensseligkeit der katholischen Ordensschwestern ausgenützt und bei der Lösung der Verträge die Schwestern auf das allerschlimmste geschädigt. Es handelt sich hier um ein rein kulturkämpferisches Vorgehen. Dies zeigt sich auch beim Bürgerversorgungshaus. Da wurde uns erklärt, daß das Marodenzimmer aufgelassen und die Kranken nach Lainz gebracht werden. Wahrscheinlich soll das nur ein Mittel sein, daß Sie jene alten Leute, die sich im Bürgerversorgungshaus sicher fühlen, weil Sie es als ein Privilegium für ewige Zeiten verbürgt bekommen haben, daß sie bis an ihr Lebensende dort bleiben, von dort wegbekommen. Das Privileg wird also jetzt aufgehoben und diese alten Leute werden nun nach Lainz gebracht und bekommen vielleicht auch den berechtigten Ybbszettel. Das alles nur deswegen, weil Sie bis jetzt keine Möglichkeit gehabt haben, in das Bürgerversorgungshaus einzudringen. Ich möchte auch noch darauf verweisen, daß die Gemeinde St. Pölten, die eine sozialdemokratische Verwaltung hat, auch die geistlichen Schwestern zunächst kündigte, aber nach einiger Zeit sie wieder bat, zurückzukommen und das Krankenhaus zu führen. Es ist für uns die heutige Vorlage eine Kampffrage aller ersten Ranges. Die christlichsoziale Partei läßt sich in diesem Sasleausschließlich von dem Gedanken aufbauender Arbeit leiten, weil sie viel zu sehr verknüpft und verbunden ist mit der Glanzzeit Wiens. Auch die Loyalität hat ihre Grenzen, auch die Duldsamkeit nimmt ein Ende. Die Folgen, die daraus entstehen, müssen Sie sich selber zuschreiben. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Erban (chr. soz.) stellt einen Rückverweisungstrag, der jedoch abgelehnt wird.

GR. Stöger (chr. soz.), erklärt, der vormalige Bürgermeister Reumann habe den Pflöglingen im Bürgerversorgungshause versprochen, daß sie immer dortbleiben und nicht nach Lainz kommen. Dieses Versprechen sei nicht gehalten worden.

GR. Reumann entgegnet, es sei unrichtig, daß <sup>er</sup> einer Deputation versprochen habe, die geistlichen Schwestern würden nicht entlassen werden. Er habe dieser Deputation gesagt, daß die Schwestern wegkommen, weil es der Weltanschauung der herrschenden Partei widerspreche.

Rufe bei den Christlichsozialen: Das ist wenigstens aufrichtig!

GR. Reumann: Gewiss! Sie berufen sich auf Ihre Weltanschauung und wir auf unsere. Das sind eben die Unterschiede. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Lärm und zahlreiche Zwischenrufe bei der Minderheit) Ich habe

GR. Reumann:  
Übrigens in einer Sitzung des Stadtsenates, wie sich Frau Dr. Motzko erinnern wird, meine Stellungnahme betzüglich der geistlichen Schwestern un-  
zweideutig klargelegt.

GR. Angermayer (christlich): Nach der Erklärung des früheren Herrn Bürgermeisters ist es unverständlich, wozu der Referent seine Begründung wegen der Entlassung der geistlichen Schwestern in ein administratives Gewand eingehüllt hat, anstatt offen den wahren Grund zu sagen. Vor den Wahlen hat der Verwalter des Bürgerversorgungshauses den dortigen Pflöglingen eine gute Jause gegeben und ihnen gesagt: So werdet ihr es immer haben, wenn ihr rot wählt. Wählt ihr aber christlichsozial wird dieses Haus verkauft und ihr müsst betteln gehen (Entrüstung bei der Minderheit) In der Angst vor diesem Schicksal haben die Pflöglinge dann rot gewählt. Das ist ein Stimmenfang niedrigster Art, aber auch vom Verwalter ein Missbrauch seiner Amtsgewalt und er muss deswegen zur Verantwortung gezogen werden.

Stadtrat Speiser: Was heute Bürgermeister Reumann hier gesagt hat, ist gewiss nichts Neues, denn wir Sozialdemokraten haben niemals aus unserer Weltanschauung ein Hehl gemacht. Es sprachen Verwaltungsgründe und unsere Weltanschauung für die Massregel, die wir vorgeschlagen haben. Es gab in der Verwaltung mit den geistlichen <sup>Schwestern</sup> viele Anstände und es muss jeder Angestellte seinem Dienstgeber unterstellt sein. Die weltlichen Schwestern werden sich kaum teurer stellen, als die Klosterschwestern, da wir bei diesen Kost, Quartier und Wäsche in Rechnung stellen müssen. Auch in allen übrigen Fragen haben wir uns strenge an die Verträge gehalten. Von den 103 Schwestern in Lainz sind 56 Ausländerinnen, die wohl mit Recht durch unsere Staatsbürgerinnen ersetzt werden müssen. Das die Pflöglinge im Bürgerversorgungshause vor dem <sup>Verwalter</sup> der Wahl eine gute Jause erhalten haben, damit sie rot wählen, ist eine Behauptung, die ich überprüfen lassen werde. Ich kenne den Verwalter als einen ernsten Menschen und bin überzeugt, dass dies nicht richtig ist. Die Wahrheit wird die Untersuchung ergeben. Ich erinnere Sie daran, dass im Bürgerversorgungshause grosse Empörung herrschte, als Lueger die weltlichen Schwestern durch geistliche ersetzt hat. Ich glaube, dass es besser ist, die Anstalten zu entkonfessionalisieren.

Bei der Abstimmung wird der Antrag unverändert angenommen.

Stadtrat Tandler beantragt die Uebernahme der Einrichtungen des Vereines „Die Technik der Kriegsinvaliden“ durch die Gemeinde als Institution für Kruppelfürsorge der Stadt Wien.

GR. Lehinger (christlich) verweist darauf, dass im Antrag auch vorgesehen sei, dass auf dem Hause dieses Institutes eine Tafel angebracht werde, worin verzeichnet werden soll, dass hierfür der Industrielle Bernhard Wetzler namhafte Zuwendungen gemacht habe. Ich mache aufmerksam, dass anlässlich der Umwandlung des Armenhauses in der Stockhamnergasse in ein Wohnhaus die dort angebrachte, an den Stifter Grafen Stockhammer erinnernde Widmungstafel entfernt wurde. Wenn man für den jüdischen Kriegsgewinner Wetzler eine solche Tafel anbringt, so wäre es nur recht und billig das gleiche auch für den Grafen Stockhammer zu tun.

Der Referent erklärt, dass diese Angelegenheit wohl kaum mit dem Antrag zusammenhänge, worauf der Antrag angenommen wird.

GR. Lötsch beantragt, dass der Ankerbrotfabrik ein Stück Strassengrund gegen Tausch abgetreten werde.

GR. Müller (christlich) bemängelt, dass auch diese Vorlage ohne die erforderlichen Pläne hier beantragt werde, worauf der Bürgermeister erklärt, auch diesen Wunsch auf seine finanzielle Auswirkung prüfen zu lassen.

Nach der Annahme dieses Antrages wird die Sitzung geschlossen.  
-.-.-.-.-